

Mehr Gewerbe im Hafen notwendig

Gunnar Uldall war von 2001 bis 2008 Wirtschaftssenator in Hamburg, seit Juni 2015 ist er Landesvorsitzender des CDU-Wirtschaftsrates in Hamburg.

Herr Uldall, seit einem Dreivierteljahr stehen Sie an der Spitze des Wirtschaftsrates der CDU e.V. in Hamburg. Wo sehen Sie aktuell die Hauptaufgaben dieses Gremiums?
 Gunnar Uldall: Ziel des Wirtschaftsrates ist es in erster Linie, die soziale Marktwirtschaft weiter zu entwickeln und dafür zu sorgen, dass die Grundprinzipien, die Ludwig Erhard aufgestellt hat, nicht über Bord geworfen werden. Denn wir wissen, dass die Wohlfahrt der Menschen bei uns in Deutschland darauf zurückzuführen ist, dass wir die Marktwirtschaft realisiert haben – verbunden mit dem Ziel „sozial“. Wichtig ist, dass wir einen Ausgleich schaffen zwischen denen, die von der wirtschaftlichen Entwicklung profitieren und denen, die, aus welchen Gründen auch immer, benachteiligt sind.

Was heißt das für Hamburg?
 In Hamburg gibt es im Moment mehrere für eine positive wirtschaftliche Entwicklung wichtige Faktoren, deren Entwicklungen wir genau beobachten müssen. Beispiel: Die Infrastruktur muss weiter entwickelt werden. Das gilt für den Straßenverkehr in der Stadt genauso wie für die norddeutschen Verkehrsver-

bindungen insgesamt. Eines unserer Sorgenkinder ist derzeit die Flächenplanung im Hamburger Hafen. Wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass unser Hauptaugenmerk nicht nur auf „schöner wohnen“ und Freizeit liegen darf. Wichtig ist vor allem die Frage, wo wir Arbeitsplätze für die Menschen schaffen.

Sie haben den Hafen angesprochen. Macht der aktuelle Senat hier alles richtig?
 Ich habe, seitdem ich als Senator aufgeführt habe, nie Ratschläge an meine Nachfolger gegeben. Das werde ich auch heute und in Zukunft nicht tun. Aber feststellen darf man schon, dass gerade bei der Flächenvergabe nicht alles optimal läuft. Gerade jetzt, wo es keine Olympischen Spiele in Hamburg geben wird, darf man auf den ursprünglich dafür vorgesehenen Flächen keine Wohnungen bauen, sondern muss hafennahe Gewerbebetriebe ansiedeln, die seeschifftiefes Wasser in ihrer unmittelbaren Nähe benötigen. Wohnungen können überall gebaut werden, auch im Sachsenwald oder in Blankenese. Aber Betriebe, die eine Anbindung an seeschifftiefes Wasser brauchen, sind entsprechend eingeschränkt in ihrer Standortwahl. Darauf müssen wir im Sinne der Arbeitsplätze achten. Es wäre ärgerlich, wenn solche Chancen aus der Hand gegeben würden.

Schwierigkeiten mit der Elbvertiefung, ein deutlicher Rückgang des Containerumschlags - demnächst also weniger Hamburger Hafen, mehr



Gunnar Uldall

Jade Weser Port in Wilhelmshaven?
 Ich wiederhole es gern: Die Hauptaufgabe ist es, Arbeitsplätze in Hamburg zu schaffen. Wenn wir uns beteiligen am Jade Weser Port in Wilhelmshaven, entsteht dadurch kein zusätzlicher Arbeitsplatz in Hamburg. Sicher ist es sinnvoll, Abstimmungen untereinander vorzunehmen, z.B. auf dem Ge-

biet der Akquisition. Hier sind sicher die Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft.
 Aber die Vorstellung, jetzt machen wir mal was zusammen und dann brauchen wir den Hamburger Hafen nicht mehr auszubauen, brauchen auch keine Elbvertiefung mehr, das ist völlig falsch. Denn eine Politik, die den Standort Hamburg vernachlässigt, begünstigt nicht Wilhelmshaven, sondern fördert die Abwanderung der Warenströme, der Schiffe nach Rotterdam und Antwerpen. Insofern muss man in dieser Frage sehr, sehr vorsichtig sein und austarieren, was man machen kann.

Glauben Sie den Vorhersagen, dass der Hamburger Hafen bis 2030 18 Millionen TEU jährlich umschlagen wird? Eurogate-Chef Thomas Eckelmann würde derzeit nicht einmal auf

10 Millionen TEU wetten. Wo sehen Sie den Containerumschlag und die Entwicklung im Hamburger Hafen?
 Da bin ich eher bei Thomas Eckelmann. Der Hamburger Hafen ist ein sehr starker Hafen mit großem Potenzial und ich glaube, dass wir einiges noch erreichen können. Aber eine solche Verdoppelung des Containerumschlags in den kommenden zehn Jahren halte ich nicht für realistisch.

Sie haben die Firmenansiedlungen auch im Bereich des Hafens angesprochen. Aber Hamburg als Stadtstaat hat nur begrenzt Flächen zur Verfügung. Ist hier nicht eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbar-Bundesländern notwendig?
 Ich bin der Auffassung, dass ein Betrieb vor den Toren Hamburgs besser ist als ein Betrieb, der aufgrund von Flächenmangel in Süddeutschland angesiedelt wird. Deshalb haben wir uns ja schon weitgehend von dem Denken in den engen norddeutschen Ländergrenzen verabschiedet.

Wenn es nicht die maritime Industrie ist, die in Hamburg wächst, ist es vielleicht die Startup-Szene. Sind hier Impulse vom Wirtschaftsrat zu erwarten?
 Wir sehen, dass das Potenzial, das Hamburg in der Kombination von Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort bietet, bei Weitem nicht ausgeschöpft ist. Wir sind viel stärker, was Unternehmen angeht, als die Berliner. Wir haben eine gute Universität, von der ich mir allerdings wünsche, dass sie mehr mit der Wirtschaft zusammenarbeitet. Was mir außerdem bei vielen fehlt, ist die Erkenntnis, dass die heutige Zeit völlig neue Ansprüche an die Absolventen stellt.

Weder in Hamburg noch in Schleswig-Holstein und Niedersachsen hat die CDU Regierungsverantwortung. Welchen Einfluss hat der Wirtschaftsrat der CDU e.V. in dieser Konstel-

lation auf die aktuelle Politik?
 Völlig klar, eine Konstellation mit CDU-Regierungen wäre einfacher für unsere Arbeit. Umso wichtiger ist es jetzt, dass wir den Unternehmern eine Stimme geben in der Auseinandersetzung mit den norddeutschen Landesregierungen. Außerdem: Wir haben die besseren Verbindungen nach Berlin – und ins Kanzleramt. Und hier fallen die Entscheidungen, die für die Unternehmen als Rahmenbedingungen für die laufende Arbeit wichtig sind.

Wir kümmern uns um Fragen wie freies W-Lan in der Innenstadt. Um Denkmalschutzfragen, die das Bauwesen bremsen. Ein wichtiges Thema für uns ist der von Ole von Beust geprägte Begriff der wachsenden Stadt. Abkehr vom Wachstum halte ich für einen Fehler. Wir haben gar keine andere Wahl, als dass wir uns zur wachsenden Stadt bekennen. Gerade mit den Herausforderungen der Flüchtlingsfrage müssen Arbeitsplätze, Schulen und Wohnungen her. Und damit das möglichst schnell geht, müssen bürokratische Hürden beseitigt werden. Wichtig ist, die Menschen in Arbeit zu bringen. Denn Integration, ohne dass die Leute arbeiten, ist keine Integration. Die Menschen werden ohne Arbeit nicht akzeptiert, sie werden sich auch nicht angekommen fühlen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf die gescheiterte Olympia-Bewerbung zu sprechen kommen. Dieses sollte uns anregen, grundsätzlich darüber nachzudenken, welche Irrungen mit der direkten Demokratie verbunden sind. Wir erarbeiten derzeit mit Experten ein Argumentationspapier, mit dem wir zu neuen Denkweisen kommen wollen. Der Weg kann nicht zu immer mehr direkter Demokratie gehen. Wir wollen, dass die Menschen mitbestimmen, die auch bereit sind, Verantwortung für Entscheidungen zu übernehmen. Wir werden konkrete Vorschläge zur Harmonisierung von direkter und repräsentativer Demokratie vorlegen.

Interview: Kerstin v. Stürmer